

Deutschland vor der Wahl: Kanzlerwechsel und große Koalition - oder keines von beiden?

Höchste Zeit für eine Wende

Von Robert Leicht

Die Deutschen ziehen in ein Superwahljahr voller Widersprüche: Noch nie gab es so viele Wahltermine auf einmal - und nie war die Partei der Nichtwähler im Vorfeld so stark wie dieses Mal. Kommunalwahlen in neun Ländern, sieben, vielleicht sogar acht Landtagswahlen, die Europawahl und schließlich die Bundestagswahl - dieser Marathon darf nicht mit einer weiteren Ermüdung der Wähler enden. Er muß statt dessen zu einer Wende in der Politik führen. *It's time for a change* - Es ist höchste Zeit für einen Wechsel.

Die hergebrachte Politik, jeder spürt es, ist an das Ende ihrer Einfälle gekommen. Der Kanzler, der die Höhe seiner innerparteilichen Macht längst erreicht hat, weiß nicht mehr, was er damit anfangen soll. Er hat das Einheitsjahr 1990 außenpolitisch brillant genutzt. Das sei ihm ebenso hoch angerechnet wie sein Einsatz für die europäische Einigung. Aber die Hausarbeiten im Inneren wurden unter seiner Führung derart verschätzt und verschlammpt, daß beide Einigungsprojekte notleidend wurden, das deutsche wie das europäische: War es doch letztlich die ungezügelte Bonner Verschuldungspolitik nach der Wiedervereinigung, die auf dem Umweg über die Bundesbank das Europäische Währungsprogramm überforderte und das Maastricht-Projekt zusätzlich mit Bedenken befrachtete.

Höchste Zeit also für einen Wechsel. Das ist freilich einfacher gesagt als getan. Zum einen reicht angesichts der angestauten Krisen des politischen und wirtschaftlichen Standorts Deutschland ein schlichtes Auswechseln der parteipolitischen Firmenschilder längst nicht mehr aus. Zum anderen ist bisher die Chance eines klaren parteipolitischen Schnitts gar nicht abzusehen.

Die überlange Amtszeit der konservativ-liberalen Koalition, deren liberales Gewicht und Gesicht seit Genschers Abgang erst recht nicht mehr klar zu erkennen ist, erklärt sich ja nicht zuletzt aus der verschleppten Formschwäche der Sozialdemokraten. Das könne fünfzehn Jahre dauern - so kalkuliert Herbert Wehner die Vertreibung in die Opposition, als Helmut Schmidt 1982 abgewählt wurde. Davon sind nun erst gut elf Jahre abgesehen, in denen die SPD trotzdem schon drei Kanzlerkandidaten verbraucht und drei Parteivorsitzende verabschiedet hat. Es grenzt schon an ein politisches Wunder, wenn es Rudolf Scharping als erstem wieder unumstrittenen Inhaber beider Positionen, des Parteichefs wie des Kanzlerkandidaten, doch noch gelänge, die SPD im Herbst zur stärksten Fraktion im Bundestag zu machen.

Aber selbst dann müßte man immer noch mit folgendem Wahlergebnis rechnen: Die Wähler wollen von keiner der beiden Volksparteien wirklich regiert werden - und deshalb müssen sie mit beiden vorliebnehmen, in einer großen Koalition. Aus heutiger Sicht jedenfalls werden weder die Union noch die Sozialdemokraten so stark abschneiden, daß sie mit kleineren Parteien gegen die andere Volkspartei eine Mehrheit zustande bringen.

Schöne Aussichten auf einen Wechsel also. Wie aber soll es zum politischen Wandel kommen, wenn es zur glatten Wende nicht reicht?

Eine große Koalition - wäre sie nicht die eher potenzierte Fortschreibung aller bisher schon bekannten Übel? Zu befürchten ist dies sehr wohl. Allerdings wäre die Situation von 1994 kaum mit der von 1966 zu vergleichen. An Opposition - und an Leistungsdruck - würde es einem solchen Bündnis der stark abgemagerten Elefanten jedenfalls nicht fehlen, wenn Grüne, Liberale und (was leider nicht auszuschließen ist) Rechtsextremisten im Bundestag sitzen.

Vor allem wäre eine große Koalition dieses Mal nicht das Bündnis der Wahl, sondern des schieren arithmetischen Zwanges. Und sie wäre das kleinere Übel, vorzuziehen einer noch übleren Variante: Die fünf ostdeutschen Landtagswahlen werden mit großer Wahrscheinlichkeit dazu führen, daß die SPD im Bundesrat über eine Zweidrittelmehrheit verfügt. Die Vorstellung, eine um ein Weiteres geschwächte Regierung Kohl sollte am Leitseil einer übermächtigen, aber letztlich nicht für die Bundespolitik verantwortlichen SPD dahintrotten, verschafft nicht nur Kurt Biedenkopf heftige Alpträume. Dann schon lieber einen Kanzlerwechsel mit großer Koalition - als keines von beiden.

Schon wahr, dieses Superwahljahr bietet nicht eben faszinierende Aussichten. Aber bevor sich in

einer schon fast modischen und manischen Politikverdrossenheit ein absolut unpolitisches Alles-oder-nichts-Denken breitmacht, gilt es, jede noch so kleine Chance eines Ausbruchs aus den Verkrustungen zu nutzen. Die Bürger und die Öffentlichkeit sind darin ja längst viel weiter als die Politik.

Ein Schlüsselereignis des Jahres 1993 hat dies augenfällig demonstriert: die Einführung der Vier-Tage-Woche bei VW - eine Entscheidung, die das politische Bewußtsein in der ganzen Republik schlagartig verändert hat, wirkungsvoller als alle Sonntagsreden der Politiker. Gewiß kein großartiges Zukunftsmodell - aber doch ein Beweis dafür, daß Belegschaften und Unternehmer sich an Ort und Stelle realistischer verständigen können als in ihren jeweiligen Verbänden und erst recht mit der Politik.

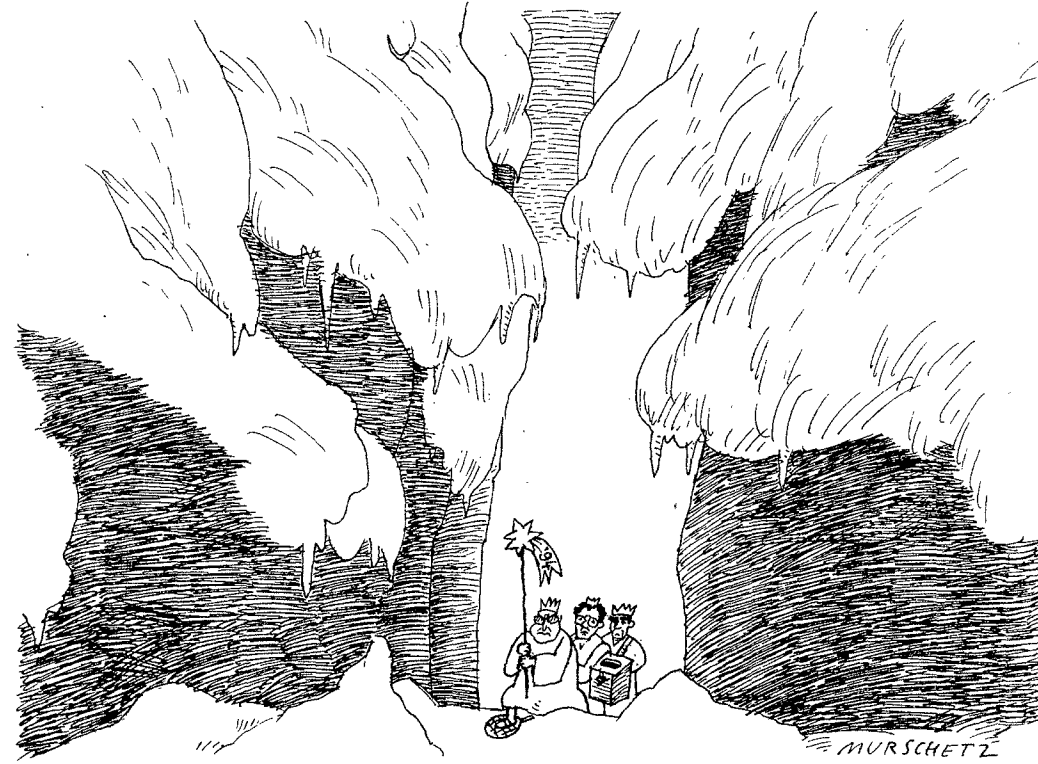
Die Politiker aller Parteien hingegen machen sich zur selben Zeit mit ihrem Streit um die Pflegeversicherung über die Bürger und den gesunden Menschenverstand lustig. Das Kasperltheater um die Kompensation (einen Festtag oder zwei Feiertage streichen?) soll dazu führen, daß die Arbeitgeber nicht zusätzlich belastet werden. Weshalb, zum Teufel, macht man sich dann nicht endlich ehrlich und sagt, worum es in Wirklichkeit geht: daß die Versicherten ihre Beiträge zur Pflegeversicherung eben ganz und gar selber bezahlen sollen? Weil dann keiner mehr diese Wohltat haben will? Weil man glaubt, Politik nur betreiben zu können, indem man die Kosten verschleiert?

Oder indem man die Probleme selber verschleiert? Kaum wagt jemand, die Sicherheit der Renten im Jahr 2020 oder den gescheiterten Familienlastenausgleich in Frage zu stellen - schon setzen sich überall die Gebetsmühlen in Gang: Die Renten sind... Als ob die Wähler nie die Offenheit honorieren würden, mit der man jene unausweichlichen Fragen diskutiert, die ihnen längst auf den Nägeln brennen.

Und das soll nun anders werden, ausgerechnet in einer großen Koalition?

Im Grunde bleibt uns nur die Hoffnung einer sich selbst dynamisierenden Einsicht: *It's time for a change*. Zunächst muß sich die durchaus vorhandene Erkenntnis verdichten, daß es so nicht weitergeht. Jede Änderung wäre schon besser als das bisherige Wursteln. Neue, andere Leute, und sei es der alten Parteien, haben vielleicht nicht den Weltgeist in der Tasche, aber doch wenigstens die Freiheit, alte Fehleinschätzungen abzuschnüdeln und eine realistische Eröffnungsbilanz für den nächsten Abschnitt der Politik aufzustellen. Ein Rudolf Scharping, wie ungeprüft sein Talent und wie unsicher die Gefolgschaft seiner Partei auch sein mag, hätte für die kommenden Jahre jedenfalls noch etwas vor, während Helmut Kohl es ja nur noch einmal wissen will, wie er selber sagt.

Wenn sich dann die Vorstellung verbreitet, daß selbst eine große Koalition besser wäre als das perspektivlose Weiter-so - wer weiß, ob dann nicht der Wahlkampf einen solchen Schwung bekommt, daß sogar noch eine richtige Wende drin ist? Und vielleicht macht dann sogar das Wählen Spaß.



Die Koalition im Superwahljahr

„Das Jahr der Familie“ ist angebrochen

Gefährdete Art

Von Susanne Mayer

Wer in einer Familie lebt, hat ein hartes Jahr vor sich: In aller Welt wird eine Leier ertönen, die die Meriten dieser Institution beschwört, die Kinderaufzucht lobt, die Altersfürsorge anerkennt, den Streß ausmalt - und von familiärer Gefühligkeit schwärmt. Ein Klage lied. Die Vereinten Nationen haben „Das Jahr der Familie“ ausgerufen, und jeder weiß, was das bedeutet: ein Platz hoch oben auf der Liste der gefährdeten Arten. Schon haben weltweit 130 vorbereitende Konferenzen zum Thema stattgefunden. Familie, auf ein letztes!

Vater, Mutter, Kind. Was uns als Inbegriff der Dreieinigkeit erscheint, ist ja ein Restbestand. Noch vor einer Generation hieß ein Kind nichts anderes als Es-klappt-nicht-mehr. Heute leben fünfzig Prozent der Bundesbürger ganz ohne Kind oder nur mit einem. Es wird ruhig im Land. Deutschland hat in Europa den geringsten Kinderanteil an der Bevölkerung. In den Großstädten trennt sich jedes zweite Paar. Familie heißt dann: Mutter und Kind.

Warum das so ist? Es ist politischer Wille. Entgegen der klaren Bestimmung im Grundgesetz, die den Schutz der Familie verlangt, verfolgen alle Parteien eine Politik der Abschreckung. Am besten läßt sich das an der Einführung des Rentenversicherungssystems im Jahre 1957 zeigen. Vorher haben Kinder ihre Eltern im Alter unterstützt. Seither wird denjenigen, die Kinder, also die späteren Rentenzahler, aufziehen, Unterstützung durch diese Kinder genommen - und denen zugehoben, die sich eben nicht um Kinder kümmern. Ein legalisierter Diebstahl. Das nur rumpfhafte ausgebaute Schul- und Kindergartensystem wiederum verhindert weitgehend, daß Mütter sich ihrerseits durch Lohnarbeit schadloos halten könnten. Kinder, so macht diese Politik klar, sind eine Falle und machen arm. Kein Imagegewinn in einer Gesellschaft, die dem leichten Leben und dem flotten Konsum huldigt.

Die Steuergesetze ergänzen das System: Große Familien werden jährlich, zugunsten Kinderloser

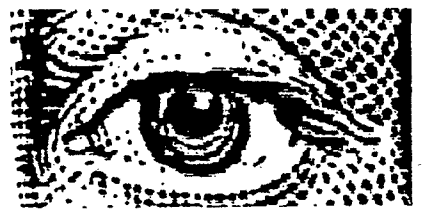
und Einkindfamilien, um Beträge in Milliardenhöhe erleichtert - ein Verfahren, das sich im Schatten des angeblichen Familienlastenausgleichs vollzieht. Wie gut so eine Politik durchschlägt, zeigt ein Experiment auf dem Gelände der ehemaligen DDR: Man streiche Familienförderung und Arbeitsplätze, schließe Kindergärten, und schon haben sich Eheschließungen und Geburten mehr als halbiert. 110 000 Kinder weniger im Jahr!

Weniger Kinder, bedeutet das nicht auch: weniger Arbeitslose? Und: Weniger Familien, bedeutet das nicht weniger Familienelend? Familie ist für viele ein Ort der schlechten Erinnerung. Wenn-du-nicht-folgst-sag-ich-es-Papa. Solange-die-Füße-unter-meinen-Tisch... Wer sich ziert, Kindern auch nur ein unbesteuertes Existenzminimum zuzugestehen, reproduziert vielleicht nur die Mißachtung, die er erfahren hat. Eltern, die in einer Krise der Familie keine Chance geben mögen, haben sie womöglich nie als Chance erlebt. „Heile Familie“ ist nicht ohne Grund ein Synonym für „Illusion“. Die Realität ist oft so: abwesende Familienväter, Mütter, die sich aufopfern. Dann lieber alleine, folgern viele. Eine Alternative, die Kinder nicht haben.

Kinder, nach ihren Wünschen zur Familie befragt, wollen: Papa, Mama und viele Geschwister. Unter einem Dach. Das wäre, sagen Experten, auch in ihrem Interesse. Kinder gedeihen am besten in der Obhut von mindestens zwei, nicht gleichgeschlechtlichen Partnern. Die emotionalsten Beziehungen haben sie oft zu Geschwistern. Ginge es nach Kindern, gäbe es eine Revolution in der Familienpolitik, so wie im Umweltschutz.

Politiker dürften ihren Familien nicht entfliehen, sondern müßten ihr, jeden Tag, mehrere Stunden widmen - leitbildhaft und gerne. Sechsstundentage für Eltern! Steuerlich würden die Gewinne der Kinderlosen mit den Familien geteilt. Das Rentensystem würde die Reproduktion der Einzahler gemäß des Aufwands - 750 Mark/Monat/Kind - berücksichtigen. Alles kostenneutral möglich, sofort. Wer Kinder aufzieht, wäre im Alter nicht ärmer, sondern reicher, in vielerlei Hinsicht. Wie gesagt, ein Kinderspiel.

DIESE WOCHE



Einblicke

Reporter besichtigen die Republik - eine ZEIT-Serie
Nikolaus Piper: Deutschland zwischen allen Zügen 3

Soll Osteuropa in die Nato?

Ein Pro und Contra von Christoph Bertram und Theo Sommer 4

Viel Arbeit, wenig Arbeitsplätze

Ein ZEIT-Symposium zu Ehren von Helmut Schmidt, Teil III 12-14

Von Rekord zu Rekord

Die Steuerlast steigt auf beispiellose Höhe 17

Kein Grund zur Panik

Kahlschlag in der Rentenversicherung 20

Nicht zum Aushalten

Jämmerlicher Zustand der Schmerztherapie in Deutschland 33

Er rollt und rollt und rollt

Eine neue Halbautomatik für den Golf spart Sprit 35

Es ist nicht leicht, ein Gott zu sein

Willi Winkler über die Feiern zu Maos 100. Geburtstag 39

Das Leben und nichts anderes

Andreas Kilb über Robert Altmans Film „Short Cuts“ 43

Die Schwatzkiste

Über Computer, die (fast) wie Menschen plaudern 57

Das Trümmerkorps von Pakrac

Wie junge Leute mithelfen beim Wiederaufbau in Slawonien 64

Thommy im Quotenland

Thomas Gottschalk kehrt zurück zu "Wetten, daß..." Ein Gespräch mit dem angeschlagenen Strahlmann - über Busenstars, enttäuschte Hoffnungen und Frau Schreinemakers.

Politik: 1-8 · Tribüne: 8 · Dossier: 9, 10
Extra: 12-14 · Länderspiegel: 15
Wirtschaft: 17-24 · Wissen: 33-36
Leserbriefe: 37 · Impressum: 36, 37
Themen der Zeit: 38 · Feuilleton/
Literatur: 39-48 · Politisches Buch: 47
Reise: 49-54 · Modernes Leben: 55-64
Zeitleute: 62 · Stellenanzeigen: 25-32
Spielpläne: 44 · Museen und Galerien: 60, 61



Nächste Sendung am 13. Januar
Zu empfangen bei VOX

Kommanditgesellschaft
Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co.
20079 Hamburg, Telefon 0 40 / 32 80-0
Abonnement: Telefon 0 40 / 37 03-40 41

Berserker

Bulgarien hat ihn hinausgeworfen, Deutschland und Österreich haben ihn ausgesperrt, wird er demnächst in Frankreich willkommen sein? Der fliegende Berserker Wladimir Schirinowski sorgt allenthalben für Ärger und Angst. Seit seinem Erfolg bei den russischen Duma-Wahlen strebt der rechte Ultra unbeirrt auf die internationale Bühne.

Einen neuerlichen Auftritt in der Bundesrepublik hat ihm Bonn zu Recht untersagt. Achtzehn Tage Schirinowski - sie wären eine zu harte Probe für Gastfreundschaft und Toleranz gewesen. Wer Deutschland zerstören will und eine russische Invasion ankündigt, sollte draußen bleiben. Selbst wenn er mit solchen Drohungen auch seine rechtsradikalen Freunde um Frey und Co. endgültig ins Abseits schiebt.

Dennoch ließe sich grundsätzlich sagen: Im Westen kann der Rechtsrabauke weniger Schaden anrichten als bei seinen verdrossenen Landsleuten. Also, laßt ihn kommen und sich lächerlich machen? Solcherart Dialektik jedoch verspricht wenig Entlastung für die russischen Demokraten. Im Ausland ist der politische Sprengkopf nicht zu entschärfen. Mit Schirinowski muß Rußland schon selber fertig werden. D.B.

Alter Adam

Als das Hochwasser die Zehn-Meter-Marke überstieg und die Kölner Altstadt überflutete, johlten die Zuschauer auf den Rheinbrücken. Sie klatschten in die Hände, als wollten sie dem Unglück der Betroffenen Beifall spenden. Besitzer von Geländeaufbauten preschten durch das flache Wasser, schoben eine Bugwelle vor sich her und beschimpften die Polizei, weil deren Rettungsfahrzeuge Vorfahrt verlangten.

Demokratie und Plebiszit haben die nämlichen Sprachwurzeln wie der griechische Demos und die römische Plebs. Von beiden leiten wir den mündigen Staatsbürger ebenso ab wie den Pöbel. Ihre Quelle ist „das Volk“, von dem nach der Verfassung alle Staatsgewalt ausgeht und dem gleichwohl keine Schranken der Scham oder Rücksichtnahme gesetzt sind, wenn es sich der Lust an Sensation und Schadenfreude ergibt. Die Einsicht ist nicht neu: Stets boten öffentliche Hinrichtungen, solange es sie noch gab, den besten Anlaß zu spontaner Volksbelustigung. Auch das Fernsehen, das uns die Beinahe-Gleichzeitigkeit von Naturkatastrophen, Mord und Fallbeil frei Haus liefert, hat am alten Adam nichts geändert. Er muß immer neu domestiziert werden - weil: dressieren geht auch nicht. H.Sch.

Schockiert

Diese Meldung regt noch auf: Eine 59 Jahre alte, vermögende Britin wurde zu Weihnachten von Zwillingen entbunden. Biologische Mutter ist eine 25jährige Italienerin, deren Eizellen im Reagenzglas mit dem Samen des 45 Jahre alten Ehemannes der Britin befruchtet worden waren.

Warum sind wir schockiert? Nehmen wir der Britin übel, daß ihre Kinder schon bald Halbweisen werden könnten? Alte Väter gelten ja auch als tolle Hechte. „Kaufte“ sich die Millionärin ihren Nachwuchs nur aus einer spleenigen Laune? Unwahrscheinlich, denn wer die Strapazen und Risiken der notwendigen Hormonbehandlungen auf sich nimmt, muß von seinem Kinderwunsch besessen sein. Folgte der Arzt nur als Geschäftsmacher niederen Instinkten? Mag sein, aber unbekümmert Geld verdienen gilt auch in anderen Sparten als Tugend.

Oder ängstigen wir uns vor den Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin? Das wäre verständlich, doch muß vor eiligen Entschlüssen unter Schockeinwirkung gewarnt werden. In Frankreich sind sie schon getroffen: Frauen sollen nach den Wechseljahren nicht mehr Mutter werden dürfen. Das Alter von Vätern bleibt unbegrenzt. CW